



Foto: fotolia – Deyan Georgiev

## „Problem liegt in Frankfurt“

Schutzgemeinschaft Vogelsberg mit neuer Studie und für zweites Wasserleitungssystem / Wack: Heimische Politik muss Druck ausüben

**SCHOTTEN** (sw). Die neue Studie „Zukunftsfähige Wasserversorgung Rhein-Main und ihre Vereinbarkeit mit Natur- und Wasserschutz“ der Schutzgemeinschaft Vogelsberg (SGV) ist in großen Zügen fertiggestellt. Und das Interesse an ihr ist groß. Einiges soll in den kommenden Wochen noch ergänzt beziehungsweise textlich überarbeitet werden, wie Dr. Hans-Otto Wack, wissenschaftlicher Berater des SGV, sagt. Wack hat maßgeblich in den vergangenen vier Jahren an der Erstellung der Studie gearbeitet. Daran mitgewirkt haben auch Dr. Anne Archinal, die Vorsitzende der AG „Rettet den Burgwald“, Dr. Wolfgang Denkhöfer, die SGV-Vorsitzende Cécile Hahn und ihr Stellvertreter Heiko Stock.

Hahn sagt mit Blick auf den jetzt zu Ende gegangenen Sommer, durch dessen lange Trockenphasen die Grundwasserstände gesunken sind: „Solche längere und intensive Trockenphasen werden wir in den nächsten Jahren vermehrt erleben. Das sagen die Prognosen zur klimatischen Entwicklung.“ Daher werde sich auch der Konflikt zwischen dem Rhein-Man-Gebiet mit den ständig steigenden Einwohnerzahlen und den Gewinnungsgebieten wie dem Vogelsberg oder dem Burgwald verstärken.

Schottens Bürgermeisterin Susanne Schaab freut im historischen Rathaus über die „bunte Mischung“ der Zuhörer aus zahlreichen Umweltverbänden und Kommunen. Sie repräsentierten ein breites Netzwerk, das „wir unbedingt brauchen, um gegen die Interessen des Ballungsraums bestehen zu können“.

Es gehe nicht um die Frage, wie der Klimawandel in den nächsten 50 Jahren gebremst werden könnte. Dies sei ohnehin nicht möglich, sagt Wack. „Wir müssen uns an die Auswirkungen anpassen.“ Gegenwärtig sei eine Phase, in

der sich klimatische Entwicklungen wie Temperaturanstiege, Hochwasser und trockene Jahre sehr schnell und in eine Richtung veränderten.

„Das bedeutet zwar, dass es im Vogelsberg zukünftig mehr regnen, das Wasser andererseits aber schneller abfließen und so die wichtige Grundwasserneubildung geringer wird“, prognostiziert Wack. Stattdessen fließe das Wasser in das Rhein-Main-Gebiet, werde hier aber aus verschiedensten Gründen nicht gefördert. „Die Planungen laufen der natürlichen Entwicklung entgegen. Es wird weiterhin auf die Fernwassergewinnung gesetzt.“

Damit würden die Lasten auf das Land abgewälzt, denn Wasserschutzgebiete seien sehr teuer. Mit deutlichen Worten fordert Wack zum Aktivwerden auf. „Wir aus den ländlichen Regionen müssen dafür sorgen. Die Politik in den Ballungsräumen tut es nicht.“ Eine Allianz aus den hessischen Umweltverbänden habe sich zum Ziel gesetzt, das Rhein-Main-Gebiet zur Selbstversorgung zu bewegen. „Die Antwort darauf lautet immer, das ist zu teuer und außerdem sei das Wasser im Großraum Frankfurt zu stark belastet“, sagt Wack.

In Frankfurt sei bereits 1873 die erste Fernwasserleitung gebaut und seither die Wassergewinnung auf das Land verlagert worden. Die Ze-

che zahle der ländliche Raum, wie die Stadt Schotten. Erhöhte Abwassergebühren durch zum Beispiel häufigere Kanalbefahrungen seien die Folge. Wack: „Der ländliche Raum bezahlt das Trinkwasser von Frankfurt.“

Für diesen Konflikt gebe es nur eine Lösung. „Frankfurt muss für seine Wasserversorgung selbst sorgen“, betont Wack und bekommt dafür Beifall. Zweites großes Problem sei der ständig steigende Trinkwasserverbrauch. „Dort muss man ansetzen“, so der wissenschaftliche Berater. „Die Toiletten an das Trinkwasser anzuschließen, war ein Irrweg“, betont Wack weiter. Ein Hochhaus verbräuche in seiner Bestandsphase rund 20 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Könnte man das einsparen, würde das etwa der jährlichen Lieferbeziehungsweise Gewinnungsmenge durch

einer solchen Lösung die kommerziellen Interessen der Wasserversorgungsunternehmen entgegen. „Die Unternehmen wollen Wasser verkaufen. Das bringt gute Gewinne.“ Helfen könnten nur Verordnungen durch die Politik. Per Dekret könnte Frankfurt in vier Wochen seine Wasserversorgung umstellen. Wack: „Seit 1988 wird darüber geredet, passiert ist aber bis heute nichts.“ Zwar sei das Thema auch Bestandteil der Wahlprogramme der Parteien, aber „mal abwarten, was sich nach der Landtagswahl tut“.

Wack fordert die heimische Politik auf, Druck auszuüben auf die politischen Entscheidungsträger im Rhein-Main-Gebiet. „Dort muss sich etwas ändern.“ Immerhin hätten der SGV und die Umweltverbände in den vergangenen vier Jahren mit zahlreichen Aktionen und Gesprächen auf Ministeriums- und auf Fachebene etwas bewegt. „Wären wir nicht in die Offensive gegangen, wäre das Thema heute nicht auf dem Tisch.“ Wack erwähnt in diesem Zusammenhang den unter Leitung vom hessischen Umweltministerium in Gang gekommenen Leitbildprozess für ein „Integriertes Wasser-Ressourcen-Management“, an dem viele Kommunen, Versorgungsunternehmen, Behörden, Vertreter von Regional- und Landespolitik sowie Umweltverbände beteiligt sind.

Wolfgang Eckhardt (Nidda) plädiert in der anschließenden Diskussion für einen gestaffelten Wasserpreis, um den Verbrauch einzuschränken. Wer mehr verbräuche, solle auch mehr bezahlen. Werner Weitzel (Breungeshain) regt an, ein zweites Wasserleitungssystem sollte nicht nur im Ballungsraum, sondern in allen Kommunen, auch kleineren, installiert werden. Klaus Emrich (Eichelsachsen) spricht sich dafür aus, finanzielle Anreize für Investitionen in ein zweites Leitungssystem zu schaffen.

Im Ballungsraum stünden



Symbolisch überreicht Dr. Hans-Otto Wack der Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft Vogelsberg, Cécile Hahn, ein Exemplar der noch nicht ganz fertiggestellten Studie zur zukunftsfähigen Wasserversorgung im Ballungsraum Rhein-Main.

Foto: Weil

### LESERBRIEF

Leserbriefe sind persönliche Äußerungen, für die die Redaktion nicht die inhaltliche, sondern nur die presserechtliche Verantwortung übernimmt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

### Unreflektiert

**Zum Bericht „Zahlreichen Windrädern droht das Aus“ vom 19. September schreibt Hans Teegelbekkers:**

Christoph Cuntz führt in seinem Beitrag zur auslaufenden Förderung von Windkraftanlagen aus, dass im Vogelsberg in den nächsten Jahren 150 Anlagen betroffen sein werden. Diese Anlagen stehen, so ist zu lesen, alle außerhalb von Vorranggebieten, sodass hierfür ein Repowering entfällt.

Da es sich bei diesen Standorten vorrangig um Flächen innerhalb eines europäischen Vogelschutzgebietes handelt, stellt sich die Frage, wieso hier der Betrieb von Windkraftanlagen jemals genehmigungsfähig war? Darüber hinaus bedeutet ein Repowering nicht etwa das Aufrüsten bestehender Anlagen mit aktueller Technik, sondern Neubau und damit verbunden in der Regel großflächige Naturzerstörung. Hätte es eines weiteren Beweises bedurft, dass eine Stromerzeugung aus Windenergie, ein unwirtschaftliches Unterfangen ist, so wird dies in dem Beitrag erneut bestätigt. Ohne Förderung aus der EEG-Umlage ist ein Betrieb von WKAs im Binnenland ein defizitäres Geschäft. Um so unverständlicher ist es, dass im eingefügten Textbeitrag – 1000 Windräder – die Al-Wazir'sche Mär verbreitet wird, dass die heute installierten 1105 Windräder 22,5 Prozent des hessischen Bruttostromverbrauchs deckten. Der Stromverbrauch in Hessen liegt nämlich bei 37,4 Terawattstunden (TWh) und die 1105 WKAs erzeugten in 2017 weniger als 3,0 TWh. Außerdem sieht das Programm der hessischen Landesregierung nicht nur die hundertprozentige Abdeckung des Stromverbrauchs der Haushalte bis 2050 vor, sondern die Deckung des gesamten Strom- und Wärmebedarfs. Der Wärmebedarf liegt übrigens allein bei 82,5 TWh. Ich frage mich, warum unreflektiert die gefakten Geschichten von Politikern verbreitet werden?

Hans Teegelbekkers  
Schotten

### POLIZEIBERICHT

### Weggefahren

In der Zeit von Sonntag, 23. September, 12 Uhr, bis Montag, 24. September, 14 Uhr, wurde in Schotten in der Vogelsbergstraße der Werbekasten der Musikschule Schotten beschädigt. Vermutlich stieß ein unbekannter Fahrzeugführer beim Rangieren gegen den Kasten und entfernte sich, ohne sich um den entstandenen Schaden in Höhe von 100 Euro zu kümmern. Sachdienliche Hinweise an die Polizeistation Lauterbach unter der Rufnummer 06641/971-0. (red)

## Strom von der Sonne

Energiegenossenschaft Vogelsberg will auf dem Gelände der ehemaligen Erddeponie Ulrichstein eine Photovoltaikanlage errichten

**VOGELSBERGKREIS/ULRICHSTEIN** (red). Eine Photovoltaik-Freiflächenanlage soll im nächsten Jahr in Ulrichstein entstehen. Dies erklärt die Energiegenossenschaft Vogelsberg eG (EGV) in einer Pressemitteilung. Wie Bürgermeister Edwin Schneider mitteilte, habe sich die Stadtverordnetenversammlung dafür ausgesprochen, das Gelände der ehemaligen Erddeponie Ulrichstein an die Energiegenossenschaft Vogelsberg eG zu verpachten.

### Für über 200 Haushalte

Mit einer geplanten Leistung von zunächst 750 kWp (Kilowatt peak) könne damit Strom für mehr als 200 Haushalte geliefert werden. Die Stadt Ulrichstein und die Energiegenossenschaft Vogelsberg eG wollen damit nicht nur ein Zeichen in Richtung Zukunft set-

zen, sondern stärken auch die Region: Bürgerbeteiligung sei nämlich einer der Grundpfeiler dieses Projekts, so die EGV. Der Vorstand der Energiegenossenschaft Vogelsberg eG und Bürgermeister Schneider seien sich darüber einig, dass ein Maximum an lokaler Wertschöpfung nur dann erreicht werden könne, wenn die Projektierung und auch der Betrieb von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien mit Partnern aus der heimischen Region organisiert und umgesetzt würden. „Darüber hinaus hat die Energiegenossenschaft Vogelsberg eG uns auch einen interessanten Pachtertrag für die Fläche im Bereich der ehemaligen Erddeponie in Ulrichstein geboten“, begründete Schneider die Zusammenarbeit seiner Kommune mit der EGV.

Die Zusammenarbeit mit der EGV habe sich seit deren Gründung vor sieben Jahren bereits für viele Kommunen

rentiert, wie die Genossenschaft in einer eigenen Darstellung erklärte. Mit



Die für Ulrichstein geplante Anlage soll Strom für mehr als 200 Haushalte liefern können. Beispielfoto: Energiegenossenschaft Vogelsberg

einem Investitionsvolumen von bisher mehr als 20 Millionen Euro und einer

Mitgliederzahl von mehr als 650 Personen, die mit Einlagen von insgesamt fast zehn Millionen Euro schon viele Projekte in der Region mitgetragen hätten, sei die Genossenschaft ein stabiler und kraftvoller Partner für Energieprojekte im Vogelsberg.

„Wir sind sehr froh, dass wir dieses große Vorhaben gemeinsam in Angriff nehmen können“, so der Bürgermeister, der sich freuen würde, möglichst viele Ulrichsteiner mit ins Boot zu nehmen. Denn etwas Sinnvolleres als eine Investition in erneuerbare Energien, noch dazu mit hohem Wertschöpfungspotenzial für die Region, könne man zumindest angesichts des Klimawandels und der Klimaziele des Landes kaum tun.

Eine Infoveranstaltung der Stadt Ulrichstein gemeinsam mit der Energiegenossenschaft Vogelsberg eG sei für das Frühjahr 2019 geplant. Der genaue Termin werde rechtzeitig bekannt gegeben.